

10.11.2013

Leser zum Personalabbau in der Berliner Verwaltung, in der 2015 nur noch 100.000 Beschäftigte arbeiten sollen

Die Situation in den Finanzämtern ist das Ergebnis einer jahrelang verfehlten Personalpolitik. Erst vor wenigen Jahren konnte sich Ver.di mit der Forderung durchsetzen, die Einstellungszahlen auf 300 Mitarbeiter pro Jahr anzuheben. Das ist auch für die bisherigen Beschäftigten in den Finanzämtern eine große Herausforderung, denn sie müssen neben ihrer steuerlichen Tätigkeit zusätzlich vermehrt Ausbildungsaufgaben wahrnehmen. Es reicht also nicht aus, dem Außendienst populistisch mehr Stellen zuzuweisen, auch der Innendienst benötigt dringend Verstärkung. Hier findet die erste steuerliche Überprüfung statt, und was dort nicht festgesetzt wird, kann später vom Außendienst nicht überprüft werden. Ein erster Schritt wäre es, endlich alle, die die Laufbahnprüfung bestehen, auch zu übernehmen. Auch eine gerechte Bezahlung würde die Attraktivität der Steuerverwaltung für Bewerber spürbar steigern. In beidem bleibt Berlin deutlich hinter den anderen Bundesländern zurück.

Jörg Bewersdorf, Ver.di